

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XLA/136

Bonn, den 23. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	Hauptschuldiger: die Bundesregierung ----- Preissteigerungen und kein Ende Die Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel	27
	Maßlosigkeit der Maßlosen ----- Erhard hat sich den Karpf angesagt	18
	Ermaunternd ----- Zum Wiederhall auf den 20. Juli	30
3 - 4	Nach dem General auch ein Gefreiter ... ----- Aus dem Leserbrief eines Soldaten	71
4 - 5	Gefahren für Papandreu ----- Erneute Aktivität der Rechtsradikalen in Griechenland Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	63

\* \* \* \* \*

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

23. Juli 1964

## Hauptschuldiger: die Bundesregierung

### Preisansteigerungen und kein Ende

sp - Der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahre 1963 ist zu mehr als 50 Prozent durch politische Entscheidungen der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages bedingt. Wäre diese Feststellung von der SPD getroffen worden, so hätte manch einer müde abgewinkt und sie als Zweckpropaganda apostrophiert.

Um so interessanter ist es nun, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund sowie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände durch eingehende Untersuchungen zu diesem Ergebnis gelangt sind. Man wird der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände wahrlich nicht den Vorwurf machen können, oppositionell gegen die Bundesregierung eingestellt zu sein. Können doch CDU/CSU und FDP schon seit ihrer Gründung von Arbeitgebersicht aus in den Genuß großer finanzieller Zuwendungen, die zur organisatorischen und politischen Existenz dieser Parteien von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind. Daß die finanzielle Ziehleiter ihren Schützling nunmehr öffentlich für Preissteigerungen großen Umfangs verantwortlich macht, ist Maßstab für den durch wirtschaftspolitische Ziellosigkeit der Bundesregierung verursachten Unwillen. Gleichzeitig wird dadurch zum Ausdruck gebracht, daß der Auftrieb der Verbraucherpreise den Gewerkschaften nicht mehr in die Schuhe geschoben werden kann und die Maßhalte-Appelle der Bundesregierung an die falsche Adresse gerichtet sind.

Die Forderungen der Arbeitnehmerverbände nehmen sich im Vergleich zu den Verteuerungen bei der Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel sowie gegenüber der Erhöhung der Postgebühren sehr bescheiden aus. Und es liegt an der Regierung, die Glaubwürdigkeit der immer wieder von ihr zitierten Politik der wirtschaftlichen Stabilisierung durch beispielhaftes Verhalten unter Beweis zu stellen.

+ + +

### Maßlosigkeit der Maßlosen

sp - Das Bonner Kabinett hat am Dienstag, allen Protesten zum Trotz, einstimmig beschlossen, bei den selbst aus der Mitte der Koalition als weit übersteigert bezeichneten Gebührenerhöhungen in Telefon- und Fernschreibdienst zu bleiben. Was dazu zu sagen ist, haben die Sozialdemokraten bereits gesagt. Was vom Parlament zu der unstrukturellen Entschleunigung zu sagen und zu beschließen ist, wird sich nach der Parlamentsferien bei der Behandlung des bereits eingebrachten Antrags zeigen, die maßlosen Erhöhungen rückgängig zu machen.

Heute ist zu der Haltung der Regierung und ihres Stoffs zu sagen: Bundeskanzler Erhard hat sich den Kampf angesagt! Denn am 14. Juni hat der Kanzler in einem Interview mit BILD noch klipp und klar erklärt: "Allen denen, die die Preise absichtlich in die Höhe treiben, mit mein Kampf!". Da Erhard diese Kampfansage natürlich - wie so oft - an andere Adressen richtete, wird die sozialdemokratische Opposition den Kampf gegen die Tarifserhöhungen, gegen die Maßlosigkeit der Maßhalter, aufnehmen. Auch auf die Gefahr hin, daß der Kanzler wieder einmal behaupten sollte, die bösen Sozialdemokraten wollten seine weißen Weste schilflocken...

+ + +

### Ermunternd

Zum Widerhall auf den 20. Juli

sp - Durch unser Volk scheint ein Ruck zu gehen. Ebenso wie die Weiern im vergangenen Monat anlässlich des Volksaufstandes in der sowjetisch besetzten Zone, fand der Jahrestag des offenen Widerstandes gegen Hitler und sein System der Unmenschlichkeit stärkeren Widerhall als in früheren Jahren. Das ist umso ermutigender, als die Menschen nicht nur vor der Klagemauer standen, sondern in Besinnung verharren, um Kraft und Mut für eine würdige Gestaltung ihres Zusammenlebens zu schaffen. Der Wert der persönlichen Freiheit und der Menschenwürde scheint immer mehr zum festen Bestandteil staatsbürgerlicher Gesinnung zu werden. Vielleicht handelt es sich vorwiegend um eine Barriere des Gefühls, die den Sklavenhaltern des 20. Jahrhunderts den Weg zum Ziel versperren soll. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die politische Einsicht durch Intellekt erst an zweiter Stelle steht. Vielleicht ist der Abstand von der beschämenden Erniedrigung des Menschengeschlechts erst jetzt weit genug, um eine große Zahl von Bürgern zu einer unvoreingenommenen Betrachtungsweise zu befähigen. Bei manchem hat gewiß das wunderbare Erlebnis nicht Knecht, sondern Bürger zu sein, Brücken zu neuen Ufern schlagen lassen. Und auch die ständige Erinnerung an die Greuelthaten verurteilter Menschen in den Prozessen nach 1945 hat viele zur inneren Umkehr bewegt.

In Grunde genommen besinnt sich unser Mitbürger auf eine Tradition, die ebenso zur Geschichte unseres Volkes gehört wie Auschwitz und Buchenwald. Der jahrzehntelange Kampf der Arbeiterbewegung um ein menschenwürdiges Dasein ist Beweis genug, daß in Deutschland die unbändige Sehnsucht nach Freiheit längst tiefe Wurzeln geschlagen hat. Dennoch: Obwohl die Zügel unserer Zukunft unverzagt und fest in den Händen halten, sollten wir die Regungen des Neonazismus nicht unterschätzen und ihnen nachgiebig gegenübertreten.

Das Wissen, daß der Rückfall in die Barbarei die Rechtfertigung von 12 Jahren Schreckensherrschaft bedeuten würde, führt auf dem Boden eines gemeinsamen Bekenntnisses Menschen zusammen, die als Vertreter ihrer Organisation oder Gesellschaftsschicht früher niemals als Partner zum Handeln bereit gewesen wären. Daß ein Gewerkschaftsführer sowie ein General in derselben Feierstunde das Wort ergreifen und ein Gelöbnis zur Freiheit ablegen, hätte noch in der Weimarer Republik in den Bereich der Unmöglichkeit gehört.

Auch im Ausland hat der diesjährige Gedenktag zunehmende Beachtung gefunden. Dies darf man als Zeichen dafür werten, daß der von Nationalsozialismus verursachte Schock dort ebenfalls spürbarer als bisher nachzuklingen beginnt. Sicherlich hätte diese Entwicklung schneller fortgeschritten können, wenn die Wiederverwendung hoher NS-Funktionäre für Ämter des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik bei hunderttausenden freier Demokraten des In- und Auslandes nicht ständig Bedenken provoziert hätte. Wie auch immer - wir dürfen die berechnete Hoffnung hegen, daß uns das westliche Ausland guten Willen attestiert. Dazu hat die Aussage der Bevölkerung an den Rechtsradikalismus bei den Wahlen wesentlich beigetragen. Das weitere Schicksal unseres Volkes steht in einem unauflösbaren Zusammenhang mit seiner Vertrauenswürdigkeit. In der Welt Vertrauen zu besitzen, heißt für die tätlichen Propagandisten auf taube Ohren zu stoßen, und für uns Freunde zu erhalten und neue zu gewinnen.

+ + +

Nach dem General auch ein Gefreiter ...

Aus dem Leserbrief eines Soldaten

Nur - Unter der dreispaltig aufgemachten Überschrift "Nur nicht auffallen, ist die Parole" hat sich vor einigen Tagen ein Soldat einer im Raum Koblenz stationierten Bundeswehr-Einheit in einem Leserbrief gegen den in seiner Kompanie üblichen Ton der Ausbilder zur Wehr gesetzt, aber hinzugefügt, kaum ein Soldat habe den Mut, dagegen anzugehen. Keiner wolle eben auffallen. Der Leserbriefschreiber, der aus dem Wortschatz der Ausbilder zahlreiche Beispiele anführte ("Meier, Sie Reserwechristus" oder "Meier, Sie sehen aus wie das Leiden Christi auf Flaschen abgefüllt"), brachte auch selbst nicht den Mut auf, seine schweren Anschuldigungen mit vollem Namen zu unterschreiben. Das veranlaßte - erfreulicherweise - den Kommandierenden General des III. Corps, Generalleutnant Ludwig Heinrich Gaedcke, den anonymen Leserbriefschreiber öffentlich zu bitten, seinen Namen zu nennen. Er garantierte, daß ihm "kein Haar gekrümmt" werde.

Nach dem General meldete sich in einer der nächsten Ausgaben der Koblenzer "Rhein-Zeitung", in der schon der erste Leserbrief erschienen war, ein Gefreiter zum Wort: der Gefreite Klaus Stöhlker vom Mundfunk-Bataillon 7a7, stationiert in Andernach, "der Wiege der deutschen Bundeswehr".

Gefreiter Stöhlker schrieb dem (noch) anonymen Soldaten einen offenen Brief, in dem es u.a. heißt:

... Deshalb müssen sich alle guten Staatsbürger zum Wort melden, wenn gegen die Regeln der Innere Führung verstoßen wird. Die meisten Gefreiten sind zu feige - wahrscheinlich sind es fast alle Mannschaftsdienstgrade - , sich zu Worte zu melden, wenn der alte K o m m i s t o n gebraucht wird. Melden Sie sich zum Wort, sagen Sie dem Unteroffizier, daß seine Worte ungebührlich sind, geben Sie die Gefahr ein, als Auführer oder Linksintellektueller bezeichnet zu werden, denn Sie tun es ja nur für Ihr Staatsbürgertum.

Diese Bundeswehr wird immer eine schlechte Bundeswehr bleiben, solange sich die Staatsbürger in eine stille Ecke verkriechen, solange sie nicht den Mund auf tun, solange sie, gleich aus welchen Gründen, Leserbriefe schreiben und die Redaktion bitten, den Namen nicht zu nennen.

Kämpfen Sie als selbstbewußter Staatsbürger für eine bessere Bundeswehr, wer denn sollte es sonst tun? Zwei Tage bevor ihr Leserbrief erschien, sagte ich im politischen Unterricht zu einem Hauptmann vor zwei anwesenden Kompanien: "Sie sind ein Offizier, wie ihn Heye nicht gewollt hat." Man drohte mir an, ich dürfe in diesem Unterricht nicht mehr sprechen. Ich werde als guter Staatsbürger, der ich zu sein glaube, weiter meinen Mund aufmachen, ich werde weiter für die Innere Führung eintreten.

Und wir alle wollen hoffen, daß wir eines Tages die Bundeswehr haben, in der überzeugte Staatsbürger dienen. Dann werden wir auch eine Bundeswehr mit guten Soldaten haben, die aus Überzeugung dienen und nicht deshalb, weil auf Fahnenflucht Gefängnis steht.

Wir werden noch einen weiter Weg bis zu diesem fernen Punkt gehen müssen: Ich darf Ihnen bestätigen, die von Ihnen genannten Vorfälle sind keine Ausnahme. Vergessen Sie aber eines nicht - und das gilt für alle Unteroffiziere und für alle Offiziere in der Bundeswehr - wenn Sie kein Staatsbürgertum vorleben, dann wird es Ihnen niemand nachsehen.

Ich scheue mich nicht, Name und Einheit zu nennen, weil ich davon überzeugt bin, daß nur eine laute, öffentliche Diskussion, in der die Rolle der Zeitungen von größter Bedeutung sein wird, in der Lage sein wird, die augenblicklichen mangelhaften Grundlagen der Bundeswehr zu erschüttern. Morgen sollen wir eine bessere Bundeswehr aufbauen - mit guten Staatsbürgern, die gute Soldaten sind."

Soweit Gefreiter Klaus Stülker. Man wird seine Darlegungen, die er gleichermaßen an seinen unbekanntem Kollegen wie an die Öffentlichkeit gerichtet hat, nicht unbeschränkt zu den Akten legen dürfen, auch und gerade dann nicht, wenn man sachliche Bedenken gegen einzelne Passagen seines Briefes haben sollte. General Gaedcke hat hier jeden Falls schon einen Partner für ein Gespräch - falls der erste Leserbriefschreiber aus der "Rhein-Zeitung" sich trotz der Zusicherung seines Kommandierenden Generals nicht melden sollte ... Nicht nur, aber auch wegen des Satzes "Die von Ihnen genannten Vorfälle sind keine Ausnahme", der sich in Stülkers Offenem Brief findet.

#### Gefahren für Papandreu

##### Erkente Aktivität der Rechtsradikalen in Griechenland

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Die griechische Presse und besonders die in Saloniki erscheinenden Zeitungen berichteten vor einigen Tagen, man sei einer Verschwörergruppe auf die Spur gekommen, die sich mit den Vorbereitungen zur Ermordung des Ministerpräsidenten Papandreu befaßt habe. Ein vollständig ausgearbeiteter Plan und ein Gewehr großer Reichweite wurden entdeckt und eingezogen, einige Verdächtige verhaftet. Allerdings wurden diese Meldungen von der Regierung nicht bestätigt: sowohl der Staatssekretär des Innenministeriums, als auch der Ministerpräsident selbst dementierten. Jedoch verlautete in letzter Zeit mehrmals aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen in Athen, Gerüchten zufolge sei ein Anschlag auf das Leben Papandreus geplant, der allgemeine Unruhen hervorrufen sollte, um die derzeitige Regierung zu stürzen. Einige dieser Gerüchte stammen aus dem Ausland. Nach ihnen soll der Anschlag von ausländischen Agenten in Zusammenarbeit mit einigen Griechen durchgeführt werden.

Möglicherweise enthalten alle diese Gerüchte, Vermutungen und Dementis ein Körnchen Wahrheit. Denn es war ein bemerkenswertes Zusammentreffen zweier Tatsachen, als ausgerechnet in diesen Tagen der griechische Innenminister bekanntgab, in Griechenland gebe es illegale Organisationen, die sich diktatorischen Tendenzen verschrieben hätten und die Armee in diesem Sinne zu beeinflussen versuchten. Dies war das Ergebnis einer mehrtägigen sorgfältigen Untersuchung des Innenministeriums und der Polizei. Darüber hinaus hat der Innenminister die Auflösung von acht Organisationen verfügt, die - wie er erklärte - unter einem legalen Deckmantel die verfassungsmäßige Ordnung bekämpfen.

23. Juli 1964

Diese Organisationen hätten zum Teil staatliche Funktionen ausgeübt und seien mit staatlichen Mitteln unterstützt worden.

Die sich hieraus ergebenden Vermutungen werden erhärtet, wenn man sich des kürzlichen Angriffs auf das griechische Parlament erinnert und mit den genannten Tatsachen in Zusammenhang bringt. Am 6. Juli, als das griechische Abgeordnetenhaus nach der Rückkehr Papandreou aus Washington und Paris, wo er Besprechungen über die Zypern-Frage geführt hatte, die damit zusammenhängenden Fragen diskutierte, versuchten einige Hundert demagogischer Anhänger der ERE-Partei, sich ins Parlament zu drängen, die Sitzung gewaltsam zu unterbrechen und so ihrer Mißachtung aller demokratischen Formen Ausdruck zu geben. Viele Abgeordnete der Regierungspartei, die sich den Demonstranten entgegenstellten, wurden verletzt. Die Haupttäter erfaßte man und stellte sie vor Gericht. 23 der 31 Beschuldigten wurden verurteilt und mit Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis zu zweieinhalb Jahren bestraft.

Alle diese Vorfälle deuten entschieden darauf hin, daß sich die griechischen Rechtsradikalen zu erneuter Aktivität entschlossen haben. Die letzten Beiträge in der konservativen Tagespresse des Generals Psakolotos und des früheren Ministers Maniatakis - Sicherheitsminister der Metaxas-Diktatur - haben diese Zwecke zu grob erläutert. Alle diese Elemente konzentrieren sich besonders in der ehemaligen Regierungspartei und heutigen Opposition ERE. Gegenüber der Öffentlichkeit erkennen diese Kräfte zwar den Vorsitzenden Kanellopoulos einen gemäßigten Professor der Soziologie an. In Wirklichkeit aber süßen sie dem früheren Ministerpräsidenten Karamanlis und seiner engeren Umgebung in Treue und Verehrung an. Nach der Niederlage der ERE-Partei bei den Wahlen im November 1963 und Februar 1964 und der Durchführung der Sozialreformen der Regierung Papandreou sehen diese radikalen Kräfte ihre Hoffnungen auf eine Rückkehr zur Macht immer mehr schwinden. So galt es, eine gesteigerte Aktivität zu entfalten.

Dem neuen Angriff dienten die letzten Kommunalwahlen als Vorwand, die angeblich die Bedrohung des Staates durch die Kommunisten bewiesen hätten. Tatsächlich aber stieg der Einfluß der Linken nur in den Großstädten leicht an, während sich allgemein bemerkbar machte, daß der Sturz der ERE-Partei, selbst gegenüber den letzten Parlamentswahlen, in Sinken begriffen ist.

Darüber hinaus war der Wahlkampf absichtlich nicht unter großen parteipolitischen Auseinandersetzungen geführt worden. Vielmehr standen Gemeinde-Fragen und Kommunalpolitik im Vordergrund. Insofern ist den Ergebnis der Kommunalwahlen im Hinblick auf den sich mildernden oder steigenden Einfluß einer Partei ohnehin keine allzu große Bedeutung beizumessen.